

Falsche Anreize

Zunehmend sprechen Politiker «Staatsgarantien» für Grossunternehmen aus. Diese bevorzugte Behandlung durch den Staat lässt sich durch nichts rechtfertigen.

Von Kurt Schiltknecht

Das eigene Geld ausgeben macht Spass. Vielen bereitet es noch mehr Freude, das Geld anderer Leute auszugeben. Auf diesem Gebiet haben es die meisten Politiker zu wahren Meistern gebracht. Jeden Tag wird man aufs Neue überrascht, wofür die Politiker das Geld ihrer Bürger ausgeben, ohne dass ein Aufschrei der Empörung durch die Medien geht. Eher ins humoristische Kapitel gehört die kürzlich in der Süddeutschen Zeitung erschienene Meldung, dass die EU einen lyrisch beschlagenen Dichter suche, der die Charta der Grundrechte in Verse kleide, damit die EU-Bürger einen einfacheren Zugang zum Inhalt der Charta hätten.

Von viel grösserer Tragweite ist die Äusserung eines EU-Kommissars, dass die EU-Kommission keine Bedenken hätte, wenn die Mitgliedsländer ihren in Nöte gekommenen Fluggesellschaften, wegen des Vulkanausbruchs in Island, mit staatlichen Mitteln unter die Arme griffen. Solche Äusserungen haben unabhängig davon, ob sie realisiert werden schwerwiegende wirtschaftspolitische und für die weitere Entwicklung der Marktwirtschaft gefährliche Implikationen. Solche Aussagen signalisieren letztlich nichts anderes als die Bereitschaft der öffentlichen Hand, nicht oder nur schwierig prognostizierbare Risiken von Fluggesellschaften oder anderer grosser Unternehmen im Falle ihres Eintretens zu übernehmen. In einer freien Marktwirtschaft ist nicht einzusehen, weshalb die Steuerzahler für solche Risiken geradestehen sollen.

Wenn der Staat bereit ist, solche Grossrisiken mitzutragen, so beeinflusst dies die Geschäftspolitik der in den Genuss von «Staatsgarantien» kommenden Unternehmen. Solange sich der Staat bei der Lösung solcher Risikoprobleme nicht einmischte, gehörte das Bereitstellen von Reserven für unvorhersehbare Risiken zur normalen Geschäftspolitik. So wie dies bei kleinen und mittleren Unternehmungen noch heute der Fall ist?

Fehlende Anreize für Unternehmen

Früher gehörte es zum guten Ton einer Unternehmung, möglichst hohe Eigenmittel und ein hohes Reservepolster zu besitzen. Damit wollten die Firmen zum Ausdruck bringen, dass sie gegen alle denkbaren Unberechenbarkeiten gut geschützt seien. Je häufiger nun die Staaten ihre Bereitschaft signalisieren, in aussergewöhnlichen Krisensituationen den grossen Unternehmungen mit Staatsgeldern beizustehen, desto mehr nimmt für diese der Anreiz ab, Reserven anzulegen. Im Gegenteil: Für die Manager solcher Unternehmungen zahlt es sich aus, mit möglichst niedrigem Eigenkapital und geringen Reserven ihre Geschäfte zu betreiben. Dies erleichtert nicht nur das Erzielen hoher Eigenkapitalrenditen, sondern schafft auch ideale Voraussetzungen für hohe, an den Aktienkurs oder an die Eigenkapitalrendite gebundene Bonuszahlungen. Implizite Staatsgarantien verringern, weil die Reserven weniger dotiert werden müssen, auch den Druck auf ein effizientes Geschäftsgebaren. Statt Reserven zu bilden, werden häufig Akquisitionen zu übersetzten Preisen getätigt, oder es werden kostspielige Preiskämpfe ausgefochten, um Marktanteile zu gewinnen.

Selbstverständlich würde die Bildung hoher Reserven sich auch auf die Flugkosten auswirken. Passagiere müssten höhere Preise bezahlen. Nur so wären die Fluggesellschaften in der

Lage, sich umfassend gegen nicht vorhersehbare Grossrisiken zu schützen. Auf diese Weise würde statt der Steuerzahler der Konsument zur Kasse gebeten?

Staatshilfe macht krisenanfällig

Die Flugindustrie ist nicht die einzige Branche der Welt, in der Grossunternehmen staatliche Protektion geniessen. Die Stahl-, die Auto- und Kohleindustrie sowie in jüngster Zeit vor allem die grossen Banken zählten zu den Profiteuren impliziter oder expliziter staatlicher Hilfeleistungen. Selbst wenn die staatlichen Aktionen zur Lösung kurzfristiger Krisensituationen beitragen konnten, langfristig haben sie die Grossunternehmen – und die Finanzkrise ist ein eindrückliches Beispiel dafür eher verwundbarer und krisenanfälliger gemacht. Das im Bankenbereich vieldiskutierte Problem des too big to fail hat auch in anderen Wirtschaftsbereichen seine Gültigkeit.

Die in den letzten Jahren zunehmende bevorzugte Behandlung der Grossunternehmen durch den Staat lässt sich durch nichts rechtfertigen. Kleine, mittlere und grosse Unternehmen sollten mit gleich langen Spiessen kämpfen können. Die Politik wäre gut beraten, von der impliziten Garantie für Grossunternehmungen abzurücken und diesen das in Erinnerung zu rufen, was sonst die Exponenten der Wirtschaft so gerne und zu Recht von jedem Bürger verlangen: mehr Eigenverantwortung.

Die Wirtschaft kann Naturkatastrophen in den meisten Fällen weder verhindern noch voraussagen. Sie sind aber Ereignisse, mit denen sich alle in der Wirtschaft beschäftigen und für die Lösungen gefunden werden müssen. Diese zu finden, ist nicht immer einfach. Der Griff in die Taschen der Steuerzahler ist aber in den weitaus meisten Fällen die wirtschaftlich schlechteste Lösung.

Kurt Schiltknecht: Volkswirtschaftler, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel und Verwaltungsrat.